

## **Gegen Mittelkürzungen bei den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im SGB II**

Sehr geehrte/r Frau/Herr *Dr. Merkel*,

die Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit (bag arbeit), der Dachverband der Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen in Deutschland, wendet sich entschieden gegen die massiven Kürzungen bei den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im SGB II. Wir hoffen, auf Unterstützung unseres Anliegens durch Sie und Ihre Fraktion.

Die geplanten Einsparungen schränken die notwendigen Handlungsspielräume in der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf unverantwortliche Weise ein. Die geplanten Kürzungen werden vor Ort zu erheblichen Reduzierungen bei den Angeboten für langzeitarbeitslose Menschen führen, es droht ein erheblicher Abbau von Maßnahmen der geförderten Beschäftigung.

Die erfreuliche Entwicklung am Arbeitsmarkt kommt vorwiegend den Bezieher/innen von Arbeitslosengeld I zugute. Für unsere primäre Zielgruppe – die langzeitarbeitslosen SGB-II-Empfänger/innen – müssen wir konstatieren, dass sich ihre Zahl auf einem gleich bleibend hohen Niveau verfestigt.

Die Mitgliedsunternehmen der bag arbeit unterstützen Langzeitarbeitslose bei der Beseitigung ihrer multiplen Vermittlungshemmnisse durch aktivierende Beschäftigung und Qualifizierung, durch Beratung und Begleitung, sie eröffnen diesen Menschen die Chance auf Teilhabe an der Gesellschaft. Es zeichnet sich schon jetzt vor Ort ab, dass die Arbeitsgelegenheiten (AGH) als wesentliches Instrument zum Erhalt und zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit unserer Zielgruppe von den Kürzungen massiv betroffen sein werden. Unsere Mitgliedsunternehmen berichten, dass die AGH-Plätze um durchschnittlich 20-45% zurückgefahren werden. Wir bezweifeln, dass mit weniger und billigeren Maßnahmen die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geplante Steigerung von Wirkung und Wirtschaftlichkeit zu erreichen sein wird.

Es werden nicht nur die Hoffnungen von Langzeitarbeitslosen auf Sinn stiftende, Mut machende Arbeit zerstört, sondern es wird auch ein zentrales Element der Arbeitsmarktpolitik – das Fördern und Fordern – zur Disposition gestellt. Am „Fördern“ wird massiv gespart. Das Eingliederungsgebot der Grundsicherung ebenso wie ihr sozialer Auftrag werden kleiner geschrieben.

Außerdem droht ein erheblicher Abbau von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen des ersten Arbeitsmarkts in Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen, weil weniger Integrationsmaßnahmen für unsere Unternehmen auch weniger Bedarf an Anleitungs- und Betreuungspersonal bedeutet.

Die bag arbeit verlangt eine Revision der Sparbeschlüsse. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Steuerausfälle deutlich geringer ausfallen als noch vor wenigen Monaten geschätzt. Auch ist der prognostizierte Zuschussbedarf der Bundesagentur für Arbeit seit Jahresbeginn von 12,8 Milliarden Euro auf 7 Milliarden

Euro gefallen. Damit hat die erfreuliche Entwicklung am Arbeitsmarkt bereits mehr bewirkt, als das Sparpaket der Bundesregierung in diesem Bereich bewirken soll.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns in unserer Forderung, die Mittelkürzungen im Eingliederungstitel auszusetzen, unterstützen könnten. Für Rückfragen und ein erörterndes Gespräch stehen wir jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Kipf